

21
77

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Mai 1977

LIEBE FREUNDE,

die Union ist in guter Position. Die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung aus den Skandalen, Krisen und Versäumnissen der Bundesregierung die Konsequenzen zieht. Eine klare, absolute Mehrheit der Wähler wünscht sich heute eine von der Union geführte Bundesregierung.

Dies ändert aber leider nichts daran, daß sich die jetzige Bundesregierung im Amt halten kann, solange sie sich gegenüber dem Vertrauensverlust unempfindlich zeigt. Die Opposition kann zwischen den Wahlen die Mehrheitsverhältnisse nicht verändern. Auch durch ständige Rücktrittsforderungen kann die SPD/FDP-Regierung nicht zum Aufgeben gebracht werden. Wir sind also darauf eingestellt, vier Jahre in der Opposition zu sein.

Ich habe großes Verständnis, wenn Mitglieder unserer Partei darüber ungeduldig werden. Dies darf aber nicht zu unberechtigten Angriffen auf die eigene Arbeit führen. **Wir erwarten von jedem Mitglied — sei es im Ortsverband, sei es in der Bundestagsfraktion —, daß es sich nicht auf Kosten der Partei öffentlich profiliert. Kritik ist notwendig, aber sie gehört in die zuständigen Gremien,**

Weiter auf Seite 2

■ EUROPAWAHL

Vorschlag der Union ist näher beim Bürger und näher beim Grundgesetz. Seite 5

■ FAMILIE

Die Neuregelung des elterlichen Sorgerechtes ist nach Ansicht der CDU/CSU eine fragwürdige Reform. Seite 7

■ LANDWIRTSCHAFT

Agrarbericht der Bundesregierung vermittelt falsche Vorstellungen über die Situation in der deutschen Landwirtschaft. Seite 11

■ BUNDESPARTEI

Teilnehmerschlüssel für das im September in Berlin stattfindende Grundsatzforum der CDU. Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Vorschläge für die Ehrung verdienter CDU-Mitglieder. Seite 14

Gesamtangebot der Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

■ DOKUMENTATION

Das Programm der CDU/CSU gegen Lehrstellenknappheit und Jugendarbeitslosigkeit. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

nicht in die Zeitungen. Überlassen wir es weiter der SPD, Streitigkeiten in der Öffentlichkeit auszutragen. Wir sollten uns durch ein Höchstmaß an Loyalität, geduldiger Arbeit und Einsatzbereitschaft für die gemeinsame Sache auszeichnen.

Es wäre ohne Frage besser, wenn wir möglichst rasch eine von der Union geführte Regierung bekämen. Denn diese Koalition der Verlierer ist unfähig, für die wichtigen, drängenden Probleme unseres Landes noch überzeugende Lösungen anzubieten. Das Gerede, die CDU habe demgegenüber keine Alternative, ist falsch. Die CDU hat seit Zusammentreten des Bundestages in allen wesentlichen Fragen klare Alternativvorschläge entwickelt. Sie ist die einzige Partei, die ein wirklich realisierbares, wirtschaftlich tragbares, sozial gerechtes Konzept der beruflichen Bildung vorgelegt hat. Gegenüber der Flickschusterei der Regierung in der Renten- und in der Gesundheitspolitik hat sie sozial ausgewogene Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Dasselbe gilt für die Politik der inneren Sicherheit und für den Bildungsbereich. Weitere Konzepte stehen unmittelbar vor der Verabschiedung oder werden vorbereitet. Ein arbeitsmarktpolitisches Programm wird am 13. Juni 1977 vom Bundesausschuß der Partei, dem sog. „kleinen Parteitag“, verabschiedet werden. Am 22. Juni werden wir ein öffentliches Hearing mit Repräsentanten der verschiedensten interessierten Bereiche der Bürgerschaft unseres Landes zu dem Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ haben. Am 23./24. September findet in Berlin das Grundsatzforum statt. Im Oktober wird der energiepolitische Kongreß Leitsätze vorbereiten, die im Dezember vom Bundesausschuß beschlossen werden.

Durch unsere programmatische Arbeit beweisen wir also, daß wir zur Übernahme der Regierung bereit und fähig sind. Darin sehe ich den Qualitätsnachweis einer schlagkräftigen Opposition. Wer meint, dazu gehöre Lautstärke oder Kraftmeierei, gefährdet das Vertrauen, das wir durch unsere programmatische Arbeit erwerben. Denn der Bürger mißt uns auch daran, wie wir mit dem politischen Gegner umgehen. Wir brauchen auch in der Politik so etwas wie Stil und Kultur. Glaubwürdigkeit und Vertrauen erreicht man nicht dadurch, daß man auf den politischen Gegner eindrischt, sondern indem man durch die Qualifikation der Argumente wie der Personen den Bürger überzeugt.

Ihr



Dr. Heiner Geißler

■ INFORMATIONEN

Realistische Lagebeurteilung

Der Beschluß der NATO-Verteidigungsminister, angesichts der wachsenden östlichen Bedrohung eine reale Erhöhung der Verteidigungshaushalte im Bündnis um jährlich drei Prozent anzustreben, entspricht einer Forderung, die die CDU/CSU seit langer Zeit gestellt hat. Dies erklärte zu den Ergebnissen der Brüsseler NATO-Tagung der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU, Konrad Kraske.

Keine Kredite ohne Gegenleistung

Die Bundesregierung sollte nach Auffassung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz nur dann höhere Kredite im innerdeutschen Handel einräumen, wenn die DDR einem Energieverbund West-Berlins mit dem Bundesgebiet zustimmt. Zur geplanten neuen Verhandlungsrunde mit der Regierung in Ost-Berlin erklärte er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk in Köln, für jede zusätzliche Leistung müsse erwartet werden, daß auch die DDR und die Sowjetunion dazu beitragen, Berlins Lebensfähigkeit zu erhalten.

Neuer Kommunistenrick an den Hochschulen

An 30 bundesdeutschen Hochschulen und Fachhochschulen gibt es mittlerweile „gewerkschaftlich orientierte Listen“ (GO), die von den orthodoxen Kommunisten des MSB-Spartakus beherrscht sind, wogegen aber keine Gewerkschaft etwas unternimmt. Örtliche Gewerkschaftsfunktionäre in Stuttgart, mit den jüngsten Erfolgen der „GO“

konfrontiert, scheuen sich nicht, von „Bauernfängerei der Kommunisten“ zu sprechen. Ihre Gewerkschaftsspitzen aber halten sich strikt zurück. Der Sprecher des ÖTV-Hauptvorstandes in Stuttgart: „Wenn wir uns gegen einen Mißbrauch des Wortes ‚gewerkschaftlich‘ öffentlich wehren würden, könnte man uns vorwerfen, die ÖTV beanspruche ein Monopol.“

Hinzu komme die Skepsis, ob man rechtlich überhaupt etwas gegen den Ausdruck „gewerkschaftlich orientiert“ ausrichten könne. Der RCDS in Bonn aber drängt: „Wir sehen, wie der Name ‚gewerkschaftlich orientiert‘ an den Universitäten zieht. Besonders zieht er natürlich gewerkschaftlich orientierte Studenten an.“

Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Bei einem Gespräch über das Schicksal der politischen Häftlinge in den kommunistischen Staaten Ost-Europas, das Alfred Dregger mit dem Bundesvorstand der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ führte, wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß in den Häftlingslagern auf dem Gebiet der DDR nach 1945 bereits mehr freiheitsliebende Menschen ihr Leben lassen mußten, als in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Union sei bereit, sagte Dregger, gemeinsam mit den Organisationen der ehemaligen politischen Häftlinge aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich die Fakten über die Unterdrückung der Menschenrechte in Ost-Europa, zum Beispiel in der von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag beantragten Dokumentation, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, denn „wer über diese Zustände schweigt, macht sich an ihnen mitschuldig“.

■ EUROPA

Politik aus christlicher Verantwortung

Helmut Kohl und der politische Sekretär der DC Italiens, Benigno Zaccagnini, erörterten ausführlich und eingehend im Rahmen einer Arbeitssitzung die gegenwärtigen Probleme und die wichtigsten Aufgaben auf europäischer und internationaler Ebene. Sie wurden assistiert von Delegationen beider Parteien, denen ihre Beauftragten für internationale Beziehungen Granelli und Klepsch, Vorsitzender der DC-Fraktion des EP, und die Abgeordneten Dr. Heck, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Salvi angehörten.

Die Hauptthemen der Arbeitssitzung waren:

die politische Lage in Europa und in den Ländern Deutschland und Italien; die Politik in der EG in der Phase bis zur Direktwahl des Europäischen Parlaments, insbesondere der weitere qualifizierte Ausbau der EVP als Träger der gemeinsamen Aussagen der europäischen Einigungspolitik und der Wahlkampfzubereitung und Durchführung;

die weitere institutionelle Festigung der EG auf der Grundlage des Tindemans-Berichts;

die gemeinschaftlichen Anstrengungen zur Überwindung der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Stagnation;

die Aussagen der europäischen Politik zu den Kernproblemen der internationalen Politik (insbesondere Nord-Süd-Dialog, Entspannung und Sicherheit, Menschenrechte, weltwirtschaftliche Zusammenarbeit);

die bilateralen Beziehungen zwischen CDU und CD, insbesondere verbesserte gegenseitige Information und organisatorisch-technische Kooperation, die Betreuung der italienischen Arbeiter in Deutschland.

Sie stellten fest, daß ihre Politik unveränderbar auf den gemeinsamen Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung und einer freiheitlichen demokratischen Ordnung beruht und daß sie trotz der unterschiedlichen Situation in beiden Ländern solidarisch diese Verantwortung tragen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung Europas sind neue Impulse für die europäische Einigungspolitik, für die die beiden größten christlich-demokratischen Parteien der EG gemeinsam mit ihren Schwesterparteien getreu den Idealen Adenauers und de Gasperis dynamisch und konsequent eintreten.

Die Verbesserung technisch-organisatorischer Kooperation beider Parteien wird verstärkt werden, wozu insbesondere ein Besuch des Generalsekretärs Heiner Geißler bei der Democrazia Cristiana (DC) und durch die Bildung einer Arbeitsgruppe zwischen beiden Parteien dienen wird. Mit Genugtuung stellten beide Parteien die Fortschritte fest, die die Entwicklung ihrer Beziehungen in den letzten beiden Jahren genommen hat.

Helmut Kohl hat den politischen Sekretär der DC Zaccagnini zur Fortsetzung des Gesprächs nach Bonn eingeladen.

■ EUROPAWAHL

Vorschlag der Union ist näher beim Bürger und beim Grundgesetz

Mit dem Beschluß der Staats- und Regierungschefs vom Dezember 1974, das Europäische Parlament durch die Völker der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft direkt wählen zu lassen, wurde ein Anliegen erfüllt, das „wie ein roter Faden die Geschichte der europäischen Einigungsbestrebungen der Nachkriegszeit durchzieht“. An diesen Bestrebungen hatten und haben die christlichen demokratischen Parteien Europas einen maßgeblichen Anteil. So befriedigend dieser Beschluß ist, so kann er doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wichtige Fragen in den Vorlagen unbefriedigend geregelt sind, stellte Carl Otto Lenz, MdB, fest.

Dies gilt zunächst für die Aufteilung der Sitze. Die vom Rat beschlossene Sitzaufteilung (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien je 81, Niederlande 25, Belgien 24, Dänemark 16, Irland 15, Luxemburg 6) ist zwar besser als die gegenwärtige Verteilung (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien je 36, Belgien und die Niederlande je 14, Dänemark und Irland je 10, Luxemburg 6).

Sie ist jedoch noch weit von dem Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit entfernt, d. h. von dem Grundsatz, daß die Stimme eines jeden Wahlberechtig-

ten etwa das gleiche Gewicht haben muß. So stellen die kleineren Mitgliedsstaaten der EG (Belgien, Dänemark, Irland, Luxemburg und die Niederlande) mit zusammen 31 Millionen Einwohnern insgesamt 86 Abgeordnete, während die Bundesrepublik Deutschland mit rund 62 Millionen Einwohnern deren 81 hat. Dies wiegt um so schwerer als hier Weichen gestellt werden, die für die Zukunft nur mit großer Mühe in die Richtung auf mehr Gleichheit gestellt werden können.

In der zentralen Frage des Wahlsystems lehnen wir mit dem Bundesrat die vorgesehenen Bundeslisten ab. Sie schieben die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Länder beiseite, wie der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, vor dem Bundesrat festgestellt hat.

Die Wahl nach Bundeslisten berührt auch die Stellung Berlins, wo das Abgeordnetenhaus im Gesetzentwurf so bezeichnete „Berliner Abgeordnete“ zu wählen hat. Auf den Einspruch des Bundesrates hin hat die Bundesregierung diese unglückselige Bezeichnung fallengelassen, denn auch die in Berlin zu wählenden Abgeordneten sind Abgeordnete wie alle anderen auch. Berlin gehört zur Europäischen Gemeinschaft so gut wie Hamburg.

Wenn schon die Volkswahl in Berlin nicht durchsetzbar war, so ist es erst recht überflüssig, Landeswahlen in Ber-

lin die Wahl nach Bundeslisten in Westdeutschland gegenüberzustellen. Wir sind nach dem Viermächteabkommen berechtigt und nach dem Grundgesetz verpflichtet, dafür zu sorgen, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“. Gerade wir Deutschen sollten auch diesen Teil des Viermächteabkommens „strikt einhalten und voll anwenden“.

Außerdem müßten Bundeslisten von Bundesparteiorganisationen aufgestellt werden. Die Aufstellung der Europa-Abgeordneten wäre damit dem Einfluß des einfachen Parteimitglieds soweit entzogen, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nur möglich ist. Dies widerspricht den sonst von allen Parteien aufgestellten Forderungen nach möglichst vielfältigen Teilnahme-möglichkeiten für den einfachen Bürger und das einfache Parteimitglied, wie sie z. B. im Bericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform zum Ausdruck kommen.

Ferner erlaubt die Wahl nach Bundeslisten, aufgestellt durch Bundesparteiorganisationen, nicht die Zuordnung eines Abgeordneten zu einem bestimmten abgegrenzten Bereich, wo er seinen Wählern Rede und Antwort über sein Tun stehen

Jusos verzichten ...

Erfolg hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß bei der Beratung über den Etat des Entwicklungsministeriums mit ihrem Protest gegen die Absicht von Frau Schlei, den Jungsozialisten für ein Entwicklungsprojekt in Peru 600 000 DM zur Verfügung zu stellen. Frau Schlei teilte mit, daß die Jusos auf eine Beteiligung an diesem Projekt verzichtet hätten ...

muß. Diese Verantwortlichkeit wird ohnedies gemindert durch die — im Vergleich zu anderen politischen Ebenen — verhältnismäßig geringe Zahl von Abgeordneten, die in der Bundesrepublik Deutschland zu wählen sind. Sie wird durch diese Art von Wahlsystem nicht gefördert, sondern weiter geschwächt, ebenso wie durch die relativ lange Dauer der Wahlperiode von fünf Jahren.

Die Union schlägt statt dessen die Wahl der europäischen Abgeordneten nach verbundenen Landeslisten und in Wahlkreisen vor, ähnlich wie beim Bundestagswahlrecht. Dafür bedarf es keiner neuen Satzungsbestimmungen: die geltenden können für entsprechend anwendbar erklärt werden und sind jedermann bekannt. Jeder Abgeordnete hätte einen klarumrissenen Betreuungs-bereich, nämlich seinen Wahlkreis oder sein Bundesland. Natürlich erlaubt dies nicht eine Betreuung im bisherigen Stil, hier müssen wegen der neuartigen Aufgaben ohnedies neue Wege erprobt werden.

Die Aufstellung von Kandidaten durch Landesparteitag und Kreisdelegierten-versammlungen würde die Beteiligung einer viel größeren Zahl von Parteimitgliedern am Aufstellungsverfahren erlauben, was auch im Hinblick auf die spätere Wahlbeteiligung wünschenswert wäre. Die Stellung Berlins bliebe unberührt, und die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Länder würde auch im Wahlgesetz für die in Staaten gegliederte Europäische Gemeinschaft zum Ausdruck kommen.

Die Union hat damit eine Lösung anzubieten, die näher beim Bürger und näher am Grundgesetz und daher besser ist als das von der Bundesregierung vorgeschlagene Verfahren.

■ FAMILIE

Neuregelung des elterlichen Sorgerechts — fragwürdige Reform

Nachdem der von der Bundesregierung im siebten Deutschen Bundestag vorgelegte Entwurf zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts nicht mehr verabschiedet wurde, haben SPD und FDP erneut einen Entwurf zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts vorgelegt, der sich mit wenigen Abweichungen mit dem in der letzten Legislaturperiode vorgelegten Entwurf deckt und vor allem auf die schon damals von der CDU/CSU heftig kritisierte Begründung Bezug nimmt.

Auch der jetzige Entwurf — so Anton Stark, MdB — muß deshalb von der CDU/CSU mit äußerster Skepsis hinsichtlich seiner Ziele und Absichten, aber auch seiner Notwendigkeit, betrachtet werden, zumal der Entwurf diejenigen Vorschriften, welche die Zustimmungspflicht des Bundesrates bedingten, nicht mehr enthält.

Was zunächst die Notwendigkeit der Neuregelung des Eltern-Kind-Verhältnisses anbetrifft, so wird inzwischen von vielen Fachleuten bezweifelt, ob diese gegeben ist. Die richtige Anwendung und Auslegung der bestehenden Vorschriften reicht nach Auffassung dieser Fachleute aus, um erhebliche Gefahren für das leibliche und geistige Wohl des Kindes abzuwenden. Sollten entgegen dieser Auffassung einige Vorschriften

des Eltern-Kind-Verhältnisses änderungsbedürftig sein, so bedarf es dazu keinesfalls einer völligen Neuregelung des Kindschaftsrechts.

Ausgangspunkt, Richtpunkt und Grenze bei einer eventuellen Neuregelung des Rechts für das Eltern-Kind-Verhältnis muß nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion der Artikel 6 des Grundgesetzes sein, der klar bestimmt, daß Pflege und Erziehung des Kindes das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ist. Dem Staat kommt über die Betätigung dieses Rechtes und dieser Pflicht der Eltern lediglich ein Wächteramt zu.

Der Gesetzentwurf der SPD/FDP hält sich nicht in diesem Rahmen. Er ist voller Skepsis gegenüber der Erziehungsfunktion der Familie. Er öffnet mit seinen wichtigsten Vorschriften in den §§ 1626 und 1666 eine Einstiegschleuse für staatliches Hineinreglementieren in die Familien, ohne daß dabei nachprüfbar festgelegt ist, unter welchen Voraussetzungen dies zulässig sein soll. Hinzu kommt schließlich, daß in dem Gesetzentwurf die Rechte und Pflichten von Eltern und Kindern völlig unausgewogen, d. h. einseitig zu Lasten der Eltern beschrieben werden.

Aus all diesen Gründen sollte der von der SPD/FDP vorgelegte Entwurf zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts in dieser Form nicht die Zustimmung der CDU/CSU erhalten.

■ MITBESTIMMUNG

Wahlordnung zu kompliziert, zu zeit- und zu kostenaufwendig

Die Bundesregierung hat jetzt die längst fällige Wahlordnung zum Mitbestimmungsgesetz vorgelegt. Lange Zeit hindurch war es zweifelhaft gewesen, ob es darüber zwischen den Koalitionspartnern zu einer Verständigung kommen würde. Nach langem Hin und Her hat man sich schließlich dazu entschlossen, die zu lösenden Streitfragen durch Formelkompromisse zu überdecken.

Die unnötige Komplikation des Wahlverfahrens kann die Anwendung der Mitbestimmung in der Praxis in Gefahr bringen und ihre Legitimität, ebenso wie ihre Effizienz in Mitleidenschaft ziehen. Die jetzt vorgelegten verschiedenen drei Wahlordnungen mit jeweils mehr als 100 Paragraphen lassen einmal mehr deutlich werden, daß der Wahlmodus im Mitbestimmungsgesetz zu kompliziert, zu zeit- und zu kostenaufwendig ist.

Die Wahldauer erstreckt sich regelmäßig über mehrere Monate; wenn ein Seeschiff daran beteiligt ist, kann sie sich bis zu einem Jahr hinziehen. Wenn es auch an Quantität der Gesetzesparagraphen nicht gefehlt hat, läßt doch die Qualität des Gesetzeswerkes sehr zu wünschen übrig. Von berufener Seite wird befürchtet, daß die verwirrende Vielfalt des Wahlverfahrens den davon

betroffenen Arbeitnehmern in der Praxis nur schwer verständlich zu machen ist.

Auch dürfte es nicht leichtfallen, die Arbeitnehmer für die verschiedenen Abstimmungen bei den Wahlvorbereitungen zu gewinnen und die Gefahr der Wahlmüdigkeit zu überwinden. Nach dem jahrelangen Ringen um das Mitbestimmungsgesetz muß dieses Ergebnis von allen Seiten als bittere Enttäuschung empfunden werden.

Zu dem Problem der leitenden Angestellten in der Wahlordnung hat Heiner Geißler erklärt, daß der Gesetzgeber hier seine Pflicht nicht erfüllt hat. Das Problem der leitenden Angestellten ist immer noch nicht einer Lösung zugeführt worden. Die erforderliche Legaldefinition des Begriffes der leitenden Angestellten ist auch in der Wahlordnung nirgends zu finden.

Statt dessen soll die Zugehörigkeit zur Gruppe der leitenden Angestellten durch Selbsteinstufung ermittelt werden, sofern ein Mitglied des Wahlvorstandes dieser Selbsteinstufung zustimmt. Dieses Verfahren ist jedoch nicht geeignet, um die daraus entstehenden Konfliktmöglichkeiten aus der Welt zu räumen. Durch die fehlende Legaldefinition der leitenden Angestellten wird in letzter Konsequenz die Entscheidung den Arbeitsgerichten überlassen, die die Streitfälle zu entscheiden haben.

Deutschlandlied

Als einen „kleinen Schritt in die richtige Richtung“ hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm die Absicht des Zweiten Deutschen Fernsehens bezeichnet, künftig an vier Abenden im Jahr zum Abschluß seines Programms die Nationalhymne zu senden.

■ KOALITION

Koschnick: Die Partei ist entmutigt

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans Koschnick hat sich besorgt über den Zustand der deutschen Sozialdemokratie geäußert. In einem Interview mit der SPD-Wochenzeitung „Berliner Stimme“ sagte Koschnick: „Die eigene Partei ist entmutigt.“ Ernst zu nehmen seien Äußerungen, die SPD wisse nicht mehr den Weg, der in der nächsten Zeit zu beschreiten sei. Unsicherheit entstehe in der Partei dadurch, daß sie in wichtigen Bereichen — wie Arbeitslosigkeit, wirtschaftliches Wachstum und Energie, das Verhältnis zur Dritten Welt und die Zukunft der Entspannungspolitik — zwar die Probleme sehe, aber keine „Antworten“ habe.

Weder sozial noch liberal

Das SPD-Vorstandsmitglied Jochen Steffen hat der Bonner SPD/FDP-Koalition Prinzipienlosigkeit vorgeworfen. In dem Links-Magazin „Das da“ schrieb Steffen, die Koalition sei „weder sozial noch liberal“. Allerdings sei sie mit ihrer derzeitigen Politik „auch nicht oppositionsfähig“.

Berliner SPD weiterhin gespalten

Der linke Flügelmann der Berliner SPD, Harry Ristock, hat angekündigt, er werde auf dem Parteitag am 4. Juni nicht mehr für den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden kandidieren. Ristock will nach Auffassung maßgeblicher SPD-Politiker vor allem den Plan des neuen Regierenden Bürgermei-

sters, Dietrich Stobbe, durchkreuzen, den dem rechten Flügel der SPD zuzurechnenden ehemaligen Senator für Kunst und Wissenschaft, Gerd Löffler, zum neuen Landesvorsitzenden der Berliner SPD zu machen. Der von Stobbe versprochene „Neuanfang“ der Berliner SPD mit einem veränderten Senat wird damit durch Flügelkämpfe überschattet, noch bevor der Regierende Bürgermeister seine Regierungserklärung abgegeben hat.

Unterstützung für Benneter

Die schleswig-holsteinischen Jungsozialisten haben auf einer außerordentlichen Landeskonferenz in Elmshorn (Kreis Pinneberg) die administrativen Maßnahmen des Parteivorstandes gegen den suspendierten Juso-Bundesvorsitzenden Uwe Benneter scharf kritisiert. Die Jungsozialisten fordern die unverzügliche Zurücknahme des gegen Benneter laufenden Parteiordnungsverfahrens.

Der Vorstand des im gesamten Bundesgebiet mit rund 30 000 Mitgliedern drittstärksten Juso-Bezirks Niederrhein ist geschlossen zurückgetreten. Der niederrheinische Juso-Bezirkssauschuß hatte mit sieben zu sechs Stimmen gegen das ausdrückliche Vorstandsvotum einen Beschluß des Juso-Unterbezirks Wesel gebilligt, dort eine Veranstaltung mit Benneter zu organisieren.

Eppler kneift

Der baden-württembergische SPD-Landesvorstand hält entsprechend einem Vorschlag des SPD-Landesvorsitzenden Eppler nicht mehr an den nur widerwillig geplanten Parteiordnungsverfahren gegen die Mitglieder des Landesvorstandes der Jungsozialisten und des Stuttgarter Juso-Vorstandes fest. Der Lan-

desvorstand benutzte als willkommenen Vorwand für diese Entscheidung die einstweilige Verfügung des Landgerichts Berlin, derzufolge die vor dem 16. Mai eingeleiteten Verfahren wegen der Einladungen an den Juso-Bundesvorsitzenden Benneter aus rechtlichen Gründen nicht weiter zu verfolgen sind.

Börner gibt der CDU-Kritik recht

Der hessische Ministerpräsident Börner hat in einem „Spiegel“-Interview eine inhaltliche Veränderung der bisher als grundsätzliche Bildungsaussagen bezeichneten hessischen „Rahmenrichtlinien“ angekündigt. Er wandte sich gegen das „Pädagogen- und Soziologen-Kauderwelsch“ der Kulturbürokratie, das in den Elternversammlungen nicht verstanden würde. Mit seiner Erklärung, daß vorerst keine neuen integrierten Gesamtschulen eingerichtet würden, der jetzige Bestand von insgesamt 64 Gesamtschulen vielmehr konsolidiert werden solle, näherte sich Börner der Auffassung der Landes-CDU, die grundsätzlich keine Aufstockung der Zahl der Gesamtschulen will.

DKP-Druckerei macht günstige Preise für Jusos

Die Kaarster SPD und deren Jungsozialisten arbeiten seit längerer Zeit mit Organisationen der DKP zusammen. Zahlreiche Publikationen der beiden Organisationen werden in der Druckerei Plambeck & Co., Neuss, hergestellt. Im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums aus dem Jahre 1973 findet die Druckerei folgende „Würdigung“: „Mit der Firma Plambeck & Co., früher Neumünster, die in Neuss/Rhld. mit Millionenaufwand eine Großdruckerei mit modernen Druckma-

schinen aus der DDR eingerichtet hat, verfügt die DKP über eine Druckerei ...“ Ein ehemals führendes Mitglied der Jusos erklärte dem Mitglied des Kreisvorstandes Neuss der Jungen Union, Norbert Moormann aus Kaarst, man drucke bei Plambeck, weil man dort einen „Sonderpreis“ bekomme. Moormann hierzu: Es stellt sich die Frage, ob die Kaarster SPD und die Jusos in der Lage sind, ihre ideologischen Standpunkte unabhängig von kommunistischen Einflüssen selbst zu bestimmen.

Linke kritisieren Leber

Mehr als 100 SPD-Mitglieder haben die Beschlüsse der jüngsten Brüsseler NATO-Tagung und die Position von Verteidigungsminister Georg Leber scharf kritisiert. In einer Presseerklärung der im Zusammenhang mit kommunistisch inspirierten Aktivitäten des öfteren durch ihre Unterschriften bekanntgewordenen Professoren Hardach, Kade, Paech, Stuby und anderer SPD-Mitglieder hieß es, die NATO und Leber beschäftigten sich mit der Aufrüstung anstatt mit der Abrüstung. Dies laufe der Entspannungspolitik und den KSZE-Vereinbarungen zuwider.

Saar-Jusos: Auch mit Kommunisten

Die saarländischen Jungsozialisten lehnen eine generelle Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht ab. Die Juso-Landeskonferenz beschloß bei nur zwei Gegenstimmen, Sozialdemokraten müsse die Entscheidungsfähigkeit zugestanden werden, zu wissen, wann es sinnvoll und politisch nützlich sei, mit Kommunisten und anderen politischen Organisationen zusammenzuarbeiten.

■ LANDWIRTSCHAFT

Agrarbericht vermittelt falsche Vorstellungen über Einkommen

Für die CDU/CSU ist der Agrarbericht 1977 zum einen ein Dokument der Zwiespältigkeit in bezug auf die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft, zum anderen ein Dokument über die gesamtwirtschaftliche Instabilität in unserem Land und schließlich ein Dokument der europapolitischen Ratlosigkeit der Bundesregierung. Nachfolgend gibt der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Burkhard Ritz, einen Bericht über die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Probleme des europäischen Agrarmarktes.

Die vergleichsweisen guten Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft im Jahre 1975/76 haben eine nicht immer richtige Deutung in der Öffentlichkeit erfahren. Es wurde praktisch nur der 20%ige Einkommenszuwachs diskutiert und die absolute Höhe des Reineinkommens je Arbeitskraft von 25 488 DM. Zu einer sicherlich notwendigen Begriffserklärung ist es dadurch nicht gekommen. Da es die Regierung unterlassen hat, darzustellen, daß von diesem Reineinkommen je Arbeitskraft über 40 Prozent für Investitionen und Sozialabgaben abzurechnen sind, um zum konsumfähigen Einkommen zu gelangen, sind völlig falsche Vorstellungen von der Einkommenslage der Bauern entstanden.

Wertet man jedoch das Einkommen und

den Einkommenszuwachs realistisch, so kommt man zu dem Ergebnis, daß nach Abzug der Nettoinvestitionen und Sozialabgaben das durchschnittliche konsumfähige Reineinkommen der Bauern pro Monat bei 1 274 DM liegt. Zu einer allgemeinen Einkommenseuphorie besteht also kein Anlaß.

Zur steuerpolitischen Diskussion nur dies: Wir haben nichts gegen eine Überprüfung des geltenden Steuerrechts — auch und besonders im europäischen Vergleich für die Landwirtschaft. Wir sind allerdings der Meinung, daß eine generelle Anhebung der Steuern nicht in Frage kommt, weil dies die Investitionskraft der Landwirtschaft entscheidend schwächen würde und dadurch das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum noch mehr als bisher gestört würde.

Der Agrarbericht weist aus, daß im laufenden Jahr 1976/77 mit einem Rückgang der Einkommen um sechs Prozent gerechnet werden muß. Diese Prognose scheint sicher noch optimistisch zu sein, wenn man bedenkt, daß sich bereits die Preis-Kosten-Schere zuungunsten der Landwirtschaft wieder geöffnet hat. So lagen die Erzeugerpreise im Februar 1977 um 2,6 Prozent niedriger und die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel um 4,9 Prozent höher als im Februar 1976.

Der Agrarbericht weist zwar eindeutig auf die Zusammenhänge von einer als

unsicher eingeschätzten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und dem stark nachlassenden Strukturwandel in der Landwirtschaft hin; die Antworten, nach denen man sucht, fehlen oder stammen von gestern. Der stark abgebremste Strukturwandel in der Landwirtschaft ist aber nach unserem Verständnis eine der stärksten Herausforderungen, zu denen uns die strukturellen Ergebnisse des Agrarberichtes zwingen.

Während im Jahrzehnt bis 1974/75 die jährliche Abnahme der Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen und der landwirtschaftlichen Betriebe bei vier Prozent lag, ist nach dem Agrarbericht 1977 dieser Anteil auf unter zwei Prozent abgesunken. Nicht die günstigere Einkommensentwicklung 1975/76 ist die Ursache — wie es im Agrarbericht dargestellt wird —, sondern die überhöhte Arbeitslosigkeit und die fehlenden beruflichen Alternativen.

Ein Kernstück der europäischen Politik — die gemeinsame Agrarpolitik — ist immer stärker ins Fadenkreuz der Kritik geraten. Die Kritik konzentriert sich vor allem dabei auf den Vorwurf, die gemeinsame Agrarpolitik habe zu hohe Kosten verursacht und Überschüsse produziert.

Dieser Vorwurf bedarf einer kritischen Analyse. Die durchschnittliche Steigerung unserer Leistungen im EG-Haushalt um 30 Prozent jährlich seit 1972, das unbewältigte Problem der Überschüsse einzelner Milchprodukte können nicht verniedlicht werden. Die Schlußfolgerung, die nicht zuletzt deutsche Regierungsmitglieder, an der Spitze der Bundeskanzler, gezogen haben, „die Agrarpolitik sei die teuerste und verschwenderischste Errungenschaft der Europäischen Gemeinschaft“ ist nicht nur falsch, sondern sie gefährdet

im Kern die europäische Politik überhaupt.

Fehlentwicklungen im Agrarbereich hängen auch zusammen mit falschen, halbherzigen und unterlassenen Entscheidungen im Rahmen des EG-Ministerrates. Eine entscheidende Ursache liegt aber im Mißverhältnis von Agrarintegration einerseits und fehlenden Integrationsfortschritten in anderen Bereichen: Die Währungs- und Wirtschaftsunion ist auf der Strecke geblieben; die Regionalpolitik und Sozialpolitik sind über unbedeutende Merkposten nicht hinausgekommen.

Es war eben ein Irrtum — auch der Bundesregierung — zu glauben, über eine isolierte Bestandsaufnahme der Agrarpolitik und über Vorschläge zur Verbesserung des Instrumentariums die Probleme lösen zu können. Hier sind Hoffnungen und Erwartungen geweckt worden, die nicht zu erfüllen sind.

Natürlich sind Beschlüsse auf dem Milchmarkt notwendig und überfällig; sie werden aber viele die Agrarpolitik übergreifende Probleme nicht lösen. Dort wo die Agrarpolitik Ersatzfunktionen für fehlende Integrationsfortschritte übernimmt, wird man die so entstehenden Kosten nicht der Agrarpolitik anlasten können.

Eine Neubesinnung auf die europäischen Ziele ist vorrangig. Wer sich weiterhin mit Flickschusterei im Rahmen des Erreichten begnügt, ohne die Ziele klar zu fixieren, gefährdet das Erreichte. Dies ist doch der gegenwärtige Zustand. Es wurde beim Resümee seiner Präsidentschaft von Gaston Thorn Anfang Juli 1976 so formuliert: „Man hat den Eindruck, daß die meisten Regierungen nicht im Sinn haben, die Gemeinschaft zu stärken, sondern es bereits als einen Erfolg ansehen, das Existierende aufrechtzuerhalten.“

■ BUNDESPARTEI

Teilnehmerschlüssel für Grundsatzforum

Für das vom 22. bis 24. September 1977 in der Berliner Kongreßhalle stattfindende Grundsatzforum liegt jetzt der Teilnehmerschlüssel vor. Dieser Schlüssel berücksichtigt die unterschiedliche Mitgliederstärke der Landesverbände und ermöglicht die Teilnahme aller Kreisverbände:

1. Jeder Landesverband entsendet pro angefangene 2 000 Mitglieder je einen Teilnehmer, der von den Kreisverbänden vorzuschlagen ist. Dieses Vorschlagsrecht steht ausschließlich den Kreisverbänden zu.
Von seiten der Landesverbände ist jedoch sicherzustellen, daß jeder Kreisverband mindestens einen Teilnehmer zum Grundsatzforum entsendet.
2. Die Landesverbände benennen darüber hinaus — je nach ihrer Größe — zwei bzw. fünf weitere Teilnehmer.
3. Die Bundesvereinigungen entsenden jeweils sechs Teilnehmer; gleiches gilt für den Evangelischen Arbeitskreis, den Wirtschaftsrat und den RCDS.

Die Kreisverbände werden in diesen Tagen von ihren Landesverbänden aufgefordert werden, ihre Teilnehmer für das Grundsatzforum zu benennen.

Landesverband	Mitglieder per 31. 12. 1976	vom LV zu benennen- de Teil- nehmer	Teilnehmer- zahl bei je 1 Teilneh- mer pro an- gefangene 2 000 Mit- glieder	Anzahl der Kreis- ver- bände	Auf- stockung um wei- tere Teil- nehmer	Gesamt- teil- nehmer
Baden-Württemberg	77 121					
BV Nordbaden		je 2	11	11	—	13
BV Südbaden		pro BV	11	10	—	13
BV Nordwürttemberg		8	11	12	+ 1	14
BV Württ.-Hohenz.			8	8	—	10
Berlin	14 489	2	8	12	+ 4	14
Bremen	3 544	2	2	3	+ 1	5
Hamburg	12 541	2	7	8	+ 1	10
Hessen	61 346	5	31	26	—	36
Braunschweig	10 411	2	6	7	+ 1	9
Hannover	69 309	2	35	43	+ 8	45
Oldenburg	13 864	2	7	9	+ 2	11
Rheinland	131 287	5	66	28	—	71
Westfalen-Lippe	123 092	5	62	28	—	67
Rheinland-Pfalz	71 446	5	36	36	—	41
Saar	30 254	2	16	7	—	18
Schleswig-Holstein	33 306	5	17	15	—	22
Exil-CDU	—	2	—	—	—	2
	652 010	49	334	263	18	401

KPV	6	Frauenvereinigung	6
Junge Union	6	Union der Vertriebenen und Flüchtlinge	6
CDA	6	Mittelstandsvereinigung	6

Neben diesen Teilnehmern aus der Partei werden 150 parteiunabhängige Sachverständige zum Grundsatzforum eingeladen.

■ PARTEIARBEIT

Ehrung verdienter CDU-Mitglieder

Mehr CDU-Mitglieder, mehr Aktivitäten, mehr Erfolg. Immer häufiger werden verdiente CDU-Mitglieder geehrt. Langjährige treue Mitgliedschaft oder besonders erfolgreiche Parteiarbeit sind Gründe genug, diesen Kreis in entsprechender Form zu beglückwünschen. Dazu erhalten Sie einige Tips und Hinweise.

Der Veranstaltungsrahmen

Die Ehrung erfolgt im Rahmen einer Mitgliederversammlung oder der örtliche CDU-Vorsitzende lädt zu einem be-

Flugblatt „Zur Sache“ Nr. 13/77

Zu diesem von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Flugblatt hat der frühere Finanzminister Prof. Dr. Alex Möller den Parteivorsitzenden um eine Gegendarstellung gebeten. Helmut Kohl hat wie folgt geantwortet: Ihre Kritik ist berechtigt, weil die von Ihnen beanstandete Aussage zu der falschen Schlußfolgerung verleiten kann, daß Sie persönlich für Ihre Tätigkeit als Wirtschaftsberater für Ägypten 359 000 DM aus dem Bundeshaushalt erhielten. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß dieser Betrag vielmehr für Sachkosten sowie Dolmetscher-, Sekretariats- und Reiseaufwendungen zur Verfügung gestellt wurde. Deshalb ist es auch unrichtig, einen Zusammenhang mit „dunklen Geldgeschäften“ der SPD herzustellen.

sonderen Empfang ein. In beiden Fällen empfiehlt es sich, die Presse einzuschalten.

Urkunden und Geschenke

Ehrenurkunden für 25jährige Mitgliedschaft — auch ohne Jahresangaben — befinden sich im Werbemittelangebot der Bundesgeschäftsstelle.

Hier eine Auswahl geeigneter Geschenke, die zur Zeit im Buchhandel lieferbar sind:

1. Bücher

Adenauer, Konrad: Erinnerungen. 5. Auflage. Band 1—4.

Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1970.

Bd. 1: 1945—1953. 589 S. 35,— DM.

Bd. 2: 1953—1955. 556 S. 38,— DM.

Bd. 3: 1955—1959. 551 S. 38,— DM.

Bd. 4: 1959—1963. Fragmente. 375 S. 38,— DM.

Konrad Adenauer 1876/1976. Hrsg. von Helmut Kohl. Stuttgart, Zürich: Verlag Belser. 1976. 192 S. 38,— DM.

Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946—1949. Bonn: Eichholz-Verlag. 1975. 882 S. 29,80 DM.

Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1, 2. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt. 1976.

Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. 771 S. 48,— DM.

Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. 714 S. 48,— DM.

Frank, Hermann: Helmut Kohl — Vom

Kurfürst zum Kanzler. Person, Politik, Programm. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell. 1976. 134 S. 18,— DM.

Wiedemeyer, Wolfgang: Helmut Kohl. Portrait eines deutschen Politikers. Bad Honnef: Osang Verlag. 1975. 216 S. 20,— DM.

Der schwarze Riese. Helmut Kohl in der Karikatur. Hrsg. von Ironimus. München, Wien, Zürich: Verlag Fritz Molden. 1976. 144 S. 19,80 DM.

Pütz, Helmuth: Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. 2. Auflage. Düsseldorf: Droste Verlag. 1976. 250 S. 16,80 DM.

2. Schallplatten

„Pro und Contra“

Originalaufnahmen aus dem Deutschen Bundestag und weitere Tondokumente beim az Studio Bonn, Poppelsdorfer Allee 76, 5300 Bonn.

CDU-Visitenkarte

Ein Geschenk mit persönlicher Note. CDU-Visitenkarte mit Signet und Text: „Aus Liebe zu Deutschland“. Mit Eindruck des Namens und der Adresse können Sie den Geehrten eine Freude bereiten.

Mindestabnahme: 1 000 Stück.

Preis: 15,— DM pro 1 000 Stück

Best.-Nr. 0706

Ehrenurkunden für 25jährige Mitgliedschaft

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 9,75 DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr. 0396

Ehrenurkunden ohne Jahresangabe

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 9,75 DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr. 0397

Die Bücher sind durch den Fachhandel bzw. unmittelbar durch die Verlage zu beziehen.

Woche der CDU

Eine Idee setzt sich durch!

Der Wunsch nach einer umfassenden Selbstdarstellung der CDU-Verbände ist außerordentlich groß. Für den Herbst 1977 bereiten bereits jetzt zahlreiche CDU-Verbände ihre „Woche“ vor.

Wir empfehlen, die Aktionen unter der folgenden Überschrift laufen zu lassen:

Woche der CDU

Eine Volkspartei stellt sich vor

Aktuelle Materialien für Werbung und Information zu dieser Aktion bietet die Bundesgeschäftsstelle in großer Auswahl an (s. UiD Nr. 21/77, Gesamtangebot der Materialien).

Um eine einheitliche Werbelinie aller CDU-Aktionen zu gewährleisten, sollten für die Ankündigungen die Materialien zum Eindruck aus dem Angebot der Bundesgeschäftsstelle benutzt werden (Rahmenplakate, Rahmenflugblätter).

Weitere Informationen über die „Woche der CDU“ ersehen Sie in den UiD Nr. 3/77 und 14/15/77.

Wir bitten die veranstaltenden Verbände, uns weiterhin über ihre Pläne und Auswertungen Informationen zuzusenden.

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Konrad-Adenauer-Haus

„Woche der CDU“

5300 Bonn

CDU-Visitenkarte und Urkunden erhalten Sie beim

IS-Versandzentrum

Postfach 66 66

4830 Gütersloh 1

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

„Tag der Verfassung“

Das Grundgesetz ist die gemeinsame Verfassung der Menschen im freien Teil Deutschlands, zugleich ist es ein Angebot an alle Deutschen zu einer Ordnung der Freiheit und des Rechts. Das Grundgesetz schützt den einzelnen in seinen Grundrechten gegenüber jeder staatlichen Gewalt.

Die Verfassung legt verbindlich fest, welche Rechte und welche Pflichten jedermann in unserem freiheitlichen Gemeinwesen hat. Auf die Grundrechte kann sich jedermann von uns berufen; wenn sie gefährdet werden, dann sind die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht verpflichtet, ihn in seinen Rechten zu schützen. Dieser Schutz der Freiheitsrechte ist umfassend. Noch nie zuvor in der Geschichte der Deutschen hat es eine so freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung gegeben, wie sie uns heute ganz selbstverständlich geworden ist.

Der unbefangene und ganz selbstbewußte Gebrauch, den die Bürger unseres Landes von ihrer Freiheit machen,

läßt sie gelegentlich vergessen, daß den Rechten auch Pflichten entsprechen. Unsere Verfassung spricht von einem sozialen Rechtsstaat, damit ist zunächst die besondere Verpflichtung gemeint, den Schwachen und Hilflosen beizustehen, daneben aber die jedem von uns gestellte Aufgabe, in gegenseitiger Rücksichtnahme den Ausgleich zwischen den sozialen Gruppen und den einzelnen zu suchen.

Es gibt auch keine vom Grundgesetz geschützte Freiheit dazu, die gemeinsame Grundordnung anzugreifen. Der Staat soll seinen Feinden nicht untätig zuschauen, sondern er muß sich gegen sie entschieden zur Wehr setzen.

Der 23. Mai, unser Verfassungstag, gilt nicht nur der Erinnerung an ein juristisches Dokument. Wir sollten heute, und wir sollten stets daran denken, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Gemeinschaft freier Bürger ist und bleiben will.

Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, im ZDF am 23. Mai 1977

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.